

Bild von Projekt_Kaffeebart auf Pixabay

Wohnungsnot: Stadt soll Zweckentfremdungssatzung prüfen



„Bevor ganz Hannover, oder Teile davon, als Gebiet mit Wohnraummangel festgelegt werden kann, bedarf es sowieso einer Vorab-Prüfung. Insofern ist der Änderungsantrag der Ampel kaum nachvollziehbar – sie erweist sich erneut als Verschleppungsbündnis.“

Gruppen-Vizin Brigitte Falke

nerstagabend (27.02.2020) einmütig. Danach soll die Bauverwaltung umgehend ermitteln, wie viele Wohnungen durch Zweckentfremdung dauerhaft nicht zum Wohnen bereitstehen und welche Auswirkungen das auf den hiesigen Wohnungsmarkt hat.

Der Anstoß dazu kam von der Gruppe LINKE & PIRATEN. Sie hatte beantragt, den Entwurf einer Zweckentfremdungssatzung auf den Weg zu bringen, wobei sie die Voraussetzungen dafür als gegeben ansieht, da der niedersächsische Landtag mit Einführung der Mietpreisbremse und der herabgesetzten Kapazitätsgrenze Hannover bereits als Gebiet mit Wohnraummangel bestimmt hat. Trotzdem wollten die anderen Ratspolitiker*innen nicht mitziehen, jedenfalls nicht sofort.

Mit einer Zweckentfremdungssatzung könnte Hannover findigen Eigentümer*innen das Handwerk legen. Werden Mietwohnungen in Ferienwohnungen oder hotelähnliche Wohnformen umgewandelt, um mit „Mondpreisen“ Kasse zu machen, hätte sich die Landeshauptstadt eine Handlungsoption geschaffen. Bekanntes Beispiel sind regelmäßig temporär vermietete Wohnungen für Manager*innen und andere Berufsgruppen, die viel unterwegs sind. So geht Wohnraum für die Hannoveraner*innen verloren, die Wohnungsnot verschärft sich. Eine Zweckentfremdungssatzung griffe auch, wenn Eigentümer*innen eine Wohnung abreißen oder absichtlich länger als sechs Monate leer stehen lassen. Solche Vorhaben müssten dann bei der zuständigen Behörde beantragt werden, die Derartiges nur unter besonderen Voraussetzungen genehmigen dürfte.

Die Stadtverwaltung soll prüfen, ob in der Landeshauptstadt die Voraussetzungen für die Einführung einer sogenannten Wohnraum-Zweckentfremdungssatzung vorliegen. Das beschloss der Rat am Don-

Keine Hotline für Obdachlosehilfe – trotz guter Erfahrungen in Köln



Die Ampelpolitiker*innen und die AfD haben zwei ähnlich lautende Anträge der Ratsgruppe und der Satirefraktion „Die Fraktion“ sowie der CDU zur Obdachlosenhilfe am Donnerstagabend (27.02.2020) im Rat abgelehnt. Danach soll die Stadtverwaltung prüfen, ob es sinnvoll ist, in der kalten Jahreszeit eine zentrale Notrufnummer für hilfebedürftige Obdachlose einzurichten. Vorbild ist die Stadt Köln, die damit gute Erfahrungen gemacht hat. Einwohner*in-

nen können dort über eine Hotline Behörden benachrichtigen, wenn sie hilflose wohnungslose Menschen bemerken, die auch bei Minusgraden im Freien schlafen. Ehrenamtliche Kräfte von Wohlfahrtsverbänden und städtische Mitarbeiter*innen suchen dann die Schlafplätze auf und machen den Menschen ein Hilfeangebot. Bei akuter Lebensgefahr stehen die klassischen Notrufnummern 110 und 112 bereit, die so weiterhin für Notfälle freigehalten werden. Dieser Umstand konnte das Ampelbündnis nicht überzeugen. Sprecher*innen von SPD und GRÜNEN meinten, es sei immer besser, die Notrufnummern 110 oder 112 anzurufen.

Rat will Stromsperren nicht auf null fahren



„Jede Stromsperre ist ein zu viel. Die Stadtverwaltung muss endlich einen Plan auf den Tisch legen, wie sie aus den noch 2.400 Stromsperren eine schwarze Null macht.“

**Gruppenvorsitzender
Dirk Machentanz**

Der Rat hat am Donnerstag (27.02.2020) mit großer Mehrheit einen Antrag der Ratsgruppe abgelehnt, wonach die

Verwaltung einen Plan vorlegen soll, um die immer noch vielen Stromsperren im Jahr auf null zu fahren. Nach neusten Zahlen hat enercity 2.400 Haushalten den Strom im Jahr 2018 abgestellt. Das ergab die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Ratsgruppe. Damit hat sich der Trend der vergangenen Jahre nach rückläufigen Stromsperren fortgesetzt. Das stellte Gruppenvorsitzenden Dirk Machentanz trotzdem nicht zufrieden. „Jede Stromsperre ist eine zu viel“,

betonte er. Davon besonders betroffen seien Einwohner*innen in den Stadtteilen Mühlenberg, Vahrenheide, Saalkamp und Linden-Süd. „Es ist für die Betroffenen entwürdigend, wenn aus der Dusche nur kaltes Wasser kommt, der Herd, die Heizung und vieles mehr, was eigentlich zum Leben dazugehört, nicht funktioniert, nur weil der Strom abgestellt wurde“, redete Machentanz den Ratskolleg*innen ins Gewissen. Es half nichts. „Wir sehen diesen Antrag als nicht zielführend an“, meinte etwa SPD-Sozialpolitiker Robert Nicholls.

IGS Linden soll Neubau erhalten



vize Bruno Adam Wolf (PIRATEN) fest. Die Schule habe mit fast 15 Prozent einen hohen Anteil an Schüler*innen, die auf sonderpädagogische Unterstützung angewiesen seien. In den beiden Gymnasien in Linden-Limmer, der Humboldtschule und der Helene-Lange-Schule, treffe das nur auf knapp ein Prozent der Schüler*innen zu, sagte Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Ratsgruppe. Hinzu kämen überfüllte Klassen an der IGS. Er forderte die Stadtverwaltung auf, den Neubau ambitionierter anzugehen. Dann gebe es keine Probleme, spätestens im Jahr 2025 mit dem Bau zu beginnen, betonte er.



„Die Verwaltung muss den Neubau der IGS Linden vorrangig anpacken. Die Gemengelage aus einem maroden Gebäude, überfüllten Klassen und einem hohen Anteil an Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf duldet keinen weiteren Aufschub.“

Gruppen-Vize Bruno Adam Wolf

keine Eile und lehnten den entsprechenden Antrag von LINKEN & PIRATEN ab.

Wenn die älteste Integrierte Gesamtschule in der Landeshauptstadt noch zehn Jahre auf den Beginn des dringend benötigten Neubaus warten müsse,

dann sei das eindeutig zu lang, kritisierte Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE). Er erinnerte an zu kleine Unterrichtsräume, marode Toiletten, eine unbrauchbare Aula und eine Mensa, die aus allen Nähten platze. Schüler*innen müssten täglich auf dem Boden sitzen.

„Die IGS Linden ist die Schule im Stadtbezirk, welche die größten pädagogischen Herausforderungen meistern muss und zugleich die schlechtesten Gebäudebedingungen hat“, stellte Gruppen-

Das Ampelbündnis aus SPD, GRÜNEN und FDP hatte der maroden Schule lange einen Neubau vorenthalten und gemeint, dauernde Sanierungen seien ausreichend. Erst Proteste von tausenden Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern sowie der beharrliche Druck von Bezirksrat und Ratsgruppe sorgten für ein Umdenken. Die IGS Linden am Fuße des Lindener Bergs wurde 1971 als erste Integrierte Gesamtschule Hannovers gegründet.

Die marode IGS Linden soll einen Neubau erhalten. Mindestens sechs Parallelklassen pro Jahrgangsstufe, im Fachterminus 6-Zügigkeit genannt, sollen im Gebäude Platz haben. Für Standortsuche und Planungen soll die Verwaltung zehn Jahre Zeit haben, bis zum Jahr 2030. Das hat der Rat am Donnerstagabend (27.02.2020) beschlossen. Wenn es nach der Ratsgruppe gegangen wäre, hätte es eine maximal fünfjährige Planungsphase bis spätestens 2025 gegeben. Alle anderen Fraktionen des Rates sahen dagegen



„Wir machen weiter Druck, damit der Neubau schon deutlich vor 2030 beginnt.“

Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz